

# Vorlesung Staatsrecht II

Prof. Dr. Dr. Durner LL.M.

# Gliederung

## A. Allgemeine Grundrechtslehren

## B. Einzelne Grundrechte

I. Die Gewährleistung der Menschenwürde (Art. 1 Abs . 1 GG)

II. Die freie Entfaltung der Persönlichkeit (Art. 2 Abs. 1 GG) als allgemeine Handlungsfreiheit

III. Allgemeine Freiheitsrechte

IV. Gleichheitsrechte

V. Grundrechte zur Gewährleistung geistiger Freiheit und Kommunikation

VI. Wirtschaftliche Grundrechte

**VII. Grundrechte im Bereich von Ehe und Familie, Kindererziehung und Schule** 

VIII. Grundrechte mit internationalem Bezug

IX. Grundrechte mit Rechtsschutzfunktion

## C. Grundrechtsschutz im Verfahren der Verfassungsbeschwerde

## VII. Grundrechte im Bereich von Ehe und Familie, Kindererziehung und Schule

1. Schutz von Ehe und Familie (Art. 6 Abs. 1 GG)
2. Elternrecht (Art. 6 Abs. 2 GG)
3. Spezielle Schutz- und Teilhaberechte aus Art. 6 Abs. 4 und 5 GG
4. Freiheits- und Ordnungsgewährleistungen für das Schulwesen

# 1. Schutz von Ehe und Familie (Art. 6 Abs. 1 GG) I

Art. 6 Abs. 1 GG begründet ein **Abwehrrecht** gegen unzulässige staatliche Eingriffe in Ehe und Familie sowie eine **Institutsgarantie**.

In seiner Funktion als subjektives **Grundrecht** umfasst Art. 6 Abs. 1 namentlich

- die **Eheschließungsfreiheit**,
- die Freiheit der **Gestaltung des ehelichen Lebens** sowie
- ein **Diskriminierungsverbot**, nach dem die Ehe gegenüber nichtehelichen Lebensformen nicht benachteiligt werden darf.

# 1. Schutz von Ehe und Familie (Art. 6 Abs. 1 GG) II

**Strittig** ist, ob Art. 6 Abs. 1 GG zudem ein „**Abstandsgebot**“ der Besserstellung enthält („besonderer Schutz“); verneinend *BVerfGE* 105, 313 „Lebenspartnerschaftsgesetz“: „Der besondere Schutz der Ehe in Art. 6 Abs. 1 GG hindert den Gesetzgeber nicht, für die gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaft Rechte und Pflichten vorzusehen, die denen der Ehe gleich oder nahe kommen. Dem Institut der Ehe drohen keine Einbußen durch ein Institut, das sich an Personen wendet, die miteinander keine Ehe eingehen können.“

A.A. das Sondervotum Haas, *BVerfGE* 105, 359 ff.

Ähnlich auch *BVerfGE* 151, 101: „Der Ausschluss der **Stiefkindadoption** allein in nichtehelichen Familien verstößt gegen das allgemeine Gleichbehandlungsgebot.“

# 1. Schutz von Ehe und Familie (Art. 6 Abs. 1 GG) III

Als **Institutsgarantie** verpflichtet Art. 6 Abs. 1 den Gesetzgeber – ähnlich wie Art. 33 Abs. 5 GG für das Beamtenrecht – , das zivilrechtlich geprägte Rechtsinstitut „Ehe“ ist zu erhalten und zu schützen

→ Art. 6 wird so zur wertsetzenden Grundsatznorm mit Ausstrahlung in alle Rechtsbereiche, insbesondere in das Ehe- und Familienrecht.

Vgl. *BVerfGE* 80, 81, 92 „Volljährigenadoption“: „Art. 6 Abs. 1 GG **sichert** als **Institutsgarantie** den **Kern** der **das Familienrecht bildenden Vorschriften** insbesondere des bürgerlichen Rechts **gegen eine Aufhebung oder wesentliche Umgestaltung** und schützt gegen staatliche Maßnahmen, die bestimmende Merkmale des Bildes von der Familie, das der Verfassung zugrunde liegt, beeinträchtigen.“

Zugleich sind aber Ehe und Familie in besonderem Maße von **sozialem Wandel** betroffen. Exemplarisch verdeutlicht das der Begriff der Ehe:

# 1. Schutz von Ehe und Familie (Art. 6 Abs. 1 GG) VI

**Ehe:** nach langjähriger Judikatur des BVerfG die weltliche, bürgerlich-rechtliche, auf Dauer angelegte, grundsätzlich unauflösliche Lebensgemeinschaft von **Mann und Frau**.

→ gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften sind keine Ehe i.S.v. Art. 6 GG (so noch *BVerfGE* 105, 313, 342 „Lebenspartnerschaftsgesetz“).

Seit 2017 gilt aber nach einfachem Recht § 1353 Abs. 1 Satz 1 BGB: „Die Ehe wird von zwei Personen **verschiedenen oder gleichen Geschlechts** auf Lebenszeit geschlossen“.

Lehrreich dazu die Examensklausur von *Ludwigs/Kuhn*, „Ehe für alle“, JuS 2018, 629 ff.

# 1. Schutz von Ehe und Familie (Art. 6 Abs. 1 GG) V

**Familie:** die **umfassende Gemeinschaft zwischen Eltern und Kindern** (*BVerfGE* 10, 59, 66). Sie umfasst u.a.

Ehegatten mit ehelichen oder nichtehelichen Kindern,  
Eltern mit Stief-, Adoptiv- oder Pflegekindern,  
Eltern mit Kindern aus verschiedenen Ehen,  
die Lebens- und Erziehungsgemeinschaft zwischen einem Elternteil  
mit Kind sowie die  
Stiefkindadoption in nichtehelichen Familien (*BVerfGE* 151, 101 ff.)

# 1. Schutz von Ehe und Familie (Art. 6 Abs. 1 GG) VI

Die Definition der Familie stellt damit – stärker als die Ehe als Rechtsinstitut – auf die **tatsächlichen Verhältnisse** ab.

Die somit Art. 6 unterstellten vielfältigen multipolaren Beziehungen führen leicht zu **Grundrechtskollisionen**, vgl. etwa *BVerfGE* 108, 82 ff. zum Konflikt zwischen rechtlichem und biologischem Vater. Dabei ist ein **Ausgleich** im Sinne praktischer Konkordanz gefordert.

## 2. Elternrecht (Art. 6 Abs. 2 GG)

Art. 6 Abs. 2 und 3 GG sind **Spezialbestimmungen** im Verhältnis zu Art. 6 Abs. 1 GG.

*BVerfGE* 31, 194, 204 f. „Sorgerecht“: „Die Eltern haben danach das **Recht und die Pflicht**, die Pflege und Erziehung ihrer Kinder nach ihren eigenen Vorstellungen frei und, vorbehaltlich des Art. 7 GG, mit **Vorrang vor anderen Erziehungsträgern** zu gestalten. Die freie Entscheidung der Eltern darüber, wie sie dieser Elternverantwortung gerecht werden wollen, ist durch ein Grundrecht **gegen staatliche Eingriffe** geschützt, soweit solche Eingriffe nicht durch das **Wächteramt** der staatlichen Gemeinschaft im Sinne des Art. 6 Abs. 2 Satz 2 GG gedeckt sind. Das so umgrenzte Elternrecht steht „den Eltern“, d. h. beiden Eltern gemeinsam zu.“

Die aktuellen Anläufe zur Verankerung expliziter **Kinderrechte** im Grundgesetz sollen tendenziell Gegengewichte zu diesen Elternrechten schaffen.

# 3. Spezielle Schutz- und Teilhaberechte aus Art. 6 Abs. 4 und 5 GG I

*BVerfGE* 32, 273 „Mutterschutz“: „Art. 6 Abs. 4 GG (Mutterschutz) enthält einen bindenden **Auftrag an den Gesetzgeber**.“

→ Gebotenheit von Kündigungsschutz

*BVerfGE* 44, 211, 215

→ Art. 6 Abs. 4 GG als **Diskriminierungsverbot** gegenüber Müttern

Die Verwirklichung des **Art. 6 Abs. 5 GG** musste das BVerfG **erzwingen**:  
*BVerfGE* 8, 210 „Vaterschaft“: „Art. 6 Abs. 5 GG enthält einen bindenden **Auftrag an den Gesetzgeber**; dieser verletzt die Verfassung, wenn er es unterlässt, den Verfassungsauftrag in angemessener Frist auszuführen.“.

# 3. Spezielle Schutz- und Teilhaberechte aus Art. 6 Abs. 4 und 5 GG II

*BVerfGE* 25, 267, 179 f. „Unehelichkeit“: „Der Verfassungsgeber wollte für eine vorübergehende Zeit bestimmte mit den Grundrechten nicht vereinbare Vorschriften des einfachen Rechts weitergelten lassen, um dem Gesetzgeber **Gelegenheit zu einer umfassenden Neuordnung** zu geben. Diese **vorübergehende Zeitspanne** ist mangels einer ausdrücklichen Befristung im Grundgesetz danach zu bestimmen, welche Frist unter Würdigung aller Umstände angemessen erscheint, um das Anpassungsgesetz vorzubereiten und zu verabschieden. Lässt der Gesetzgeber unter Verletzung der Verfassung diese Frist ungenutzt verstreichen, so gewinnt nunmehr der Grundsatz des Art. 1 Abs. 3 GG volle rechtliche Bedeutung und **gebietet die anderweite Verwirklichung des Verfassungswillens**, soweit sie ohne den Gesetzgeber möglich ist.“

## 4. Freiheits- und Ordnungsgewährleistungen für das Schulwesen

### a) Schulbereich und Art. 7 Abs. 1 GG I

Art. 7 Abs. 1 GG stellt das Schulwesen unter die **Aufsicht des Staates**.

→ Existenz einer **Schulpflicht** wird vorausgesetzt (vgl. Art. 8 Abs. 2 VerfNW)

Konkretisierungen finden sich im SchulG NW vom 15.2.2005

Art. 7 Abs. 1 GG bildet einen **Gegenpol** zu dem elterlichen **Erziehungsrecht** nach Art. 6 Abs. 2 GG und begründet einen diesen ergänzenden **staatlichen Erziehungs- und Bildungsauftrag**.

## 4. Freiheits- und Ordnungsgewährleistungen für das Schulwesen

### a) Schulbereich und Art. 7 Abs. 1 GG II

Grundlegend insoweit *BVerfGE* 47, 46 ff. „Sexualkundeunterricht“: „Die individuelle Sexualerziehung gehört in erster Linie zu dem natürlichen **Erziehungsrecht der Eltern** im Sinne des Art. 6 Abs. 2 GG; der Staat ist jedoch aufgrund seines Erziehungsauftrages und Bildungsauftrages (Art. 7 Abs. 1 GG) berechtigt, Sexualerziehung in der Schule durchzuführen ... Der Vorbehalt des Gesetzes verpflichtet den Gesetzgeber, die Entscheidung über die Einführung einer Sexualerziehung in den Schulen selbst zu treffen.“

→ Art. 6 als zentrales Grundrecht für die Entwicklung der **Wesentlichkeitstheorie**.

# 4. Freiheits- und Ordnungsgewährleistungen für das Schulwesen

## *b) Privatschulfreiheit Art. 7 Abs. 4 und 5 GG I*

Subjektives Recht und Einrichtungsgarantie (*BVerfGE* 6, 309, 355).

*BVerfGE* 27, 195, 201: „Diese Gewährleistung bedeutet die **Absage an ein staatliches Schulmonopol** und ist zugleich eine Wertentscheidung, die eine **Benachteiligung** gleichwertiger Ersatzschulen gegenüber den entsprechenden staatlichen Schulen allein wegen ihrer andersartigen Erziehungsformen und -inhalte **verbietet** ... Das Grundrecht der Privatschulfreiheit bedeutet allerdings nicht, dass die Privatschule eine staatsfreie Schule ist. Ebenso wie die Weimarer Reichsverfassung bekennt sich das Grundgesetz, jedoch mit verstärkten Garantien, zu dem „System der begrenzten Unterrichtsfreiheit“ der Privatschulen. Denn die Länder haben nicht nur die Gesetzgebungszuständigkeit für das Privatschulwesen; nach Art. 7 Abs. 1 GG **unterstehen die Privatschulen auch ihrer Schulaufsicht.**“

## 4. Freiheits- und Ordnungsgewährleistungen für das Schulwesen

### *b) Privatschulfreiheit Art. 7 Abs. 4 und 5 GG II*

*BVerfGE* 75, 40, 62 ff. „Privatschulfinanzierung“: „Mit der Anerkennung der Gründungsfreiheit und der institutionellen Garantie der Privatschule ist der Inhalt des Art. 7 Abs. 4 GG jedoch nicht vollständig erfasst. Dieses Grundrecht legt den für die Schulgesetzgebung ausschließlich zuständigen Ländern darüber hinaus die **Pflicht** auf, das private Ersatzschulwesen neben dem öffentlichen Schulwesen zu **fördern** und **in seinem Bestand zu schützen**.“

→ Pflicht zur Subventionierung

## 4. Freiheits- und Ordnungsgewährleistungen für das Schulwesen

### c) *Garantie des Religionsunterrichts (Art. 7 Abs. 3 GG) I*

Art. 7 Abs. 3 GG begründet eine **institutionelle Garantie** (Einrichtungsgarantie) des Religionsunterrichts an **öffentlichen Schulen**, nicht aber an privaten Schulen, die nicht vom Staat getragen werden.

**Ausnahme** Art. 141 GG (sog. Bremer Klausel): zum Anwendungsbereich vgl. BVerwGE 110, 327 ff.

Art. 7 Abs. 3 GG begründet zugleich ein **Recht der Religionsgemeinschaften**, wohl aber nicht der Eltern und Kinder

→ denkbar sind jedoch derivative **Teilhaberechte**.

## 4. Freiheits- und Ordnungsgewährleistungen für das Schulwesen

### c) *Garantie des Religionsunterrichts (Art. 7 Abs. 3 GG) II*

Vgl. dazu *BVerwGE* 123, 49 ff. „**islamischer Religionsunterricht**“: „Durch die Regelungen in Art. 7 Abs. 3 Satz 1 und 2 GG wird den Religionsgemeinschaften ein **Rechtsanspruch** gegen den Staat auf Einführung eines ihren Glaubensinhalten entsprechenden Religionsunterrichts an seinen Schulen eingeräumt ... Eine Religionsgemeinschaft scheidet als Partnerin eines vom Staat veranstalteten Religionsunterrichts aus, wenn sie nicht Gewähr dafür bietet, dass ihr künftiges Verhalten die in Art. 79 Abs. 3 GG umschriebenen fundamentalen Verfassungsprinzipien, die dem staatlichen Schutz anvertrauten Grundrechte Dritter sowie die Grundprinzipien des freiheitlichen Religions- und Staatskirchenrechts des Grundgesetzes nicht gefährdet.“

## 4. Freiheits- und Ordnungsgewährleistungen für das Schulwesen

### c) *Garantie des Religionsunterrichts (Art. 7 Abs. 3 GG) III*

Der Religionsunterricht muss **ordentliches Lehrfach** sein (Versetzung relevanz, kein Wahlfach).

Der Religionsunterricht wird in **inhaltlicher Übereinstimmung mit** den Grundsätzen der **Religionsgemeinschaften** erteilt (kein bloßer Religionskunde- oder Ethikunterricht, vgl. *BVerfGE* 74, 244, 252: „... in konfessioneller Gebundenheit und Positivität“.).

**Schranken** dieser Garantie bilden die **Religionsfreiheit der Schüler** aus Art. 4 GG (vgl. Gesetz über die religiöse Kindererziehung vom 15. Juli 1921), der **Lehrer** (Art. 7 Abs. 3 Satz 3 GG) sowie das **Elternrecht** aus Art. 6 Abs. 2 und Art. 7 Abs. 2 GG.